



Schock am Platz. Bei Fußballspiel setzten unbekannte Täter mehrere Personen mit K.-o.-Tropfen außer Gefecht. **Mehr: kurier.at/chronik**

8
6. Mai 2025



Nicole Braunsteiner will keine Barrieren im Kopf.



Baustelle Inklusion: Behindertenorganisationen zeigen bei ihrem Protest vor dem Parlament herrschende Mängel auf.



Lucia Vock (li.) fordert echten Lohn statt Taschengeld.

Ron Pfennigbauer: „Nichts ist weitergegangen.“



Bernhard Schmid und Roland Öhlinger fordern Selbstbestimmung auch für Menschen mit schwereren Einschränkungen.

„Unsere Rechte sind nicht umgesetzt“

Inklusion. Behindertenorganisationen und Menschen mit Behinderungen machen mit Lesemarathon vor dem Parlament auf Ungerechtigkeiten aufmerksam und fordern von der Regierung die Einhaltung aller Artikel der Behindertenrechtskonvention.

Von Josef Kleinrath

Baustelle Parlament? Die ist schon längst abgeschlossen. Innen ja, aber direkt davor stehen am Montag Mischmaschine und Scheibtruhe, rote Baustellenabsperrränder versperren den Weg. „Baustelle Inklusion“ ist auf Plakaten zu lesen. „Ich will selbstbestimmt leben“, sagt Roland Öhlinger. Der Oberösterreicher ist aus Wels mit seinem Rollstuhl nach Wien gekommen. „Eini in die Westbahn und ab nach Wien“, schildert er, wie er zum Aktionstag vor das Parlament in Wien gereist ist. In der Bundeshauptstadt ist er mit seinem Elektro-Rollstuhl weitergefahren. „Mit Straßenbahn und Bus geht es fast nicht“, sagt er, ohne zu klagen.

Dabei könnte er sich beklagen. Schließlich steht im Artikel 20 der UN-Behinder-

tenrechtskonvention, die Österreich 2008 unterzeichnet hat, dass die Vertragsstaaten „wirksame Maßnahmen treffen, um für Menschen mit Behinderungen persönliche Mobilität mit größtmöglicher Selbstbestimmung sicherzustellen“ – oder zumindest „die persönliche Mobilität von Menschen mit Behinderungen in der Art und Weise und zum Zeitpunkt ihrer Wahl und zu erschwinglichen Kosten“ zu erleichtern.

Davon ist man weit entfernt, sagt auch Nicole Braunsteiner. Die Steirerin aus Trofaiach spürt die ihr in Artikel 3 der Konvention zugesicherte „Barrierefreiheit“ auch noch nicht überall. Also genau genommen eher überall nicht. „Es gibt noch immer viele bauliche Barrieren“, sagt sie und fügt an, dass sie mit ihrem Rollstuhl oft auch in Geschäften nicht alleine

einkaufen kann. „Viel größer sind aber die Barrieren im Kopf, wichtig wäre, dass wir mehr aufeinander zugehen“, wünscht sich Braunsteiner.

Selbstbestimmung gefragt

Ganz großes Thema bei den Menschen mit Behinderungen, die am Montag für ihre Rechte eingetreten sind, indem sie die 50 Artikel der UN-Behindertenrechtskonvention in einer Marathonlesung vorgetragen haben, ist die Selbstbestimmung. Dorothea Brozek verweist auf den Artikel 19, in dem sich auch Österreich verpflichtet hat, „das gleiche Recht aller Menschen mit Behinderungen, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben“, anzuerkennen und ihnen „den vollen Genuss dieses Rechts und ihre volle Inklusion in der Gemeinschaft und Teilhabe an

der Gemeinschaft zu erleichtern“. Tatsächlich sei das Gegenteil der Fall, sagt Brozek: „Wir werden immer noch in Einrichtungen gezwungen und sollen von unseren Familien abhängig sein.“ Und merkt nebenbei an, dass der Artikel 5 – Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung – tagtäglich gebrochen werde, weil „der Wohnort entscheidet, ob es Unterstützung gibt oder nicht“. Ein Föderalismusproblem.

Ein großes Thema sei die persönliche Assistenz, weiß Bernhard Schmid von der Lebenshilfe. Gerade bei Menschen mit schwereren Behinderungen und kognitiven Beeinträchtigungen werde diese persönliche Assistenz oft nicht verfügbar gemacht – was Inklusion verhindere.

Martin Ladstätter, Vizepräsident des Behindertenrates und selbst Rollstuhlfahrer,

verweist auf Artikel 24, Bildung: „Immer noch müssen knapp 50 Prozent der betroffenen Kinder in Sonderschulen gehen. Dabei heißt inklusive Bildung eindeutig, dass niemand ausgeschlossen wird.“ Lucia Vock arbeitet in einer Werkstätte von Jugend am Werk in Wien, erhält dort ein Taschengeld. „Für das, was ich mache, sollte es einen Lohn geben“, ist sie überzeugt.

Arbeit als soziale Teilhabe

Wobei es bei der Arbeit nicht nur um das Geldverdienen, sondern auch um soziale Teilhabe und Selbstbestimmung gehe. Deshalb brauche es bessere Fördermöglichkeiten, um Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt zu bringen. Rund 27.000 Menschen sind aktuell in Werkstätten tätig, weiß Klaus Widl, Präsident des Behinder-

tenrates. Er weiß auch, dass Österreich säumig ist: „Die Prüfung der Umsetzung der Konvention 2023 hat uns kein gutes Zeugnis ausgestellt. Unsere Menschenrechte sind noch immer nicht umgesetzt.“ Im neuen Parlament findet gleichzeitig eine Gedenkfeier zu 80 Jahre Kriegsende statt – mit Schloss Hartheim in OÖ als Thema. Dort wurden Menschen mit Behinderungen systematisch vernichtet. Widl: „In der Gegenwart müssen wir die Schritte zur Umsetzung der Einhaltung der Menschenrechte setzen, zu denen wir uns vor 17 Jahren verpflichtet haben.“

Deshalb fordern die Behindertenorganisationen von der neuen Regierung – erneut – einen „strukturierten Prozess, die Behindertenrechtskonvention endlich umzusetzen, sonst stehen wir nächstes Jahr wieder hier“.

Nach Femizid in Salzburg: Weiter keine Spur von Verdächtigem

Pinzgau. Nach der Veröffentlichung von Fahndungsfotos des 32-Jährigen sind bei der Polizei mehrere Hinweise eingegangen.

Von Stephanie Angerer

Auch zwei Tage nach dem Femizid in der Salzburger Ortschaft Maria Alm fehlt vom verdächtigen Krisztian P. sowie auch seinem Fahrzeug jede Spur. Der 32-jährige Ungar steht im Verdacht, in der Nacht auf Samstag seine 34-jährige Ex-Freundin auf einem Parkplatz aus nächster Nähe erschossen zu haben.

Engmaschige Kontrollen

Nachdem die Polizei Fahndungsfotos des Verdächtigen veröffentlicht hatte, seien zwar mehrere Hinweise eingegangen, diese aber nicht zielführend gewesen, sagte Polizeisprecher Hans Wolf-



den Aufenthaltsort des grauen Skoda Octavia, mit dem der Verdächtige unterwegs gewesen sein könnte, wie die Gratiszeitung Heute berichtet. Laut dem Medienbericht hätten aufmerksame Passanten

„Dabei handelt es sich nur um einen von vielen Hinweisen, dem derzeit nachgegangen wird. Bestätigen kann ich derzeit noch nichts“, so Wolfgruber gegenüber dem KURIER. Der Verdächtige hatte das



Der Ungar Krisztian P. wird seit Sonntag per internationalem Haftbefehl gesucht. Auch nach seinem Fahrzeug wird derzeit gefahndet.

mietet und es nicht zurückgebracht. Seither gilt das Auto mit dem Kennzeichen S-685WV als veruntreut.

Bereits seit Samstag wird Krisztian P. per Europäischem Haftbefehl gesucht. Die Fah-

uniformierte und zivile Kräfte seien im Einsatz, heißt es von der Polizei. Die Grenze nach Ungarn – der Heimat des 32-Jährigen – sei wegen der Maul- und Klauenseuche derzeit ohnedies sehr engmaschig kontrolliert, betonte der Polizeisprecher.

Verfahren eingestellt

Wie am Montag bekannt wurde, wandte sich die 34-jährige Deutsche wegen ihres Ex-Freunds bereits im vorigen Jahr an die Polizei. Anfang Dezember zeigte die junge Frau den 32-Jährigen wegen gefährlicher Drohung und Sachbeschädigung an, bestätigte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Florian Wein-

die Wohnung der 34-Jährigen verschafft und dort einen Adventkranz beschädigt haben. Das habe der Beschuldigte abgestritten. Zudem habe er mehrfach versucht, mit der Frau Kontakt aufzunehmen und ihr auch eine Handynachricht geschickt, in der er ankündigte, ihr „das Leben zum Albtraum“ zu machen.

Kurz nach Jahresbeginn stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren aber wieder ein. „Bei der Handynachricht hat es sich nach dem Wortlaut um keine gefährliche Drohung gehandelt, dazu bedarf es einer konkreten Androhung einer Verletzung an Körper, Freiheit, Ehre, Vermögen oder des höchster-